

---

## Information der SED-Kreisleitung zu den "jüdischen Fragen"

Die DDR praktizierte eine israelfeindliche Politik, doch parallel dazu bemühte sich die SED-Führung in den 80er Jahren, die Sympathien von Menschen jüdischen Glaubens im In- und Ausland zu gewinnen. Die SED-Kreisleitung der Staatssicherheit fasste im Dezember 1988 für Agitationszwecke die Annäherungsbemühungen der DDR zu jüdischen Kreisen zusammen und erläuterte Probleme, Hintergründe und Ziele, die damit verbunden waren.

Ab Mitte der 80er Jahre widmete die SED-Führung den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern in der DDR zunehmend fürsorgliche Aufmerksamkeit. Grund dafür waren handfeste wirtschaftliche und außenpolitische Interessen. Man wollte jüdische Lobbyisten in den Vereinigten Staaten als Fürsprecher gewinnen, um Vorteile im Außenhandel zu erhalten und die Beziehungen zu den USA zu verbessern. Die neue Akzentuierung zeigte sich unter anderem darin, dass ab 1985 auch jüdische Widerstandskämpfer und Opfer geehrt wurden.

Ein geeigneter Ort, um dauerhaft und öffentlichkeitswirksam jüdische Kultur zu pflegen und zu bewahren, wurde mit der stadtbildprägenden Neuen Synagoge in der Ost-Berliner Oranienburger Straße gefunden. Am 4. Juli 1988 wurde im Gesetzblatt der DDR die Verordnung über die Errichtung einer Stiftung "Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum" veröffentlicht. Im August 1988 konstituierte sich eine zehnköpfige Arbeitsgruppe des Ministerrats unter Bauminister Wolfgang Junker. Mit dabei war Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski vom Ministerium für Außenhandel, ein Stasi-Offizier im besonderen Einsatz (OibE). Zeitgleich ließ die Stasi-Hauptabteilung XX/4 eine Bestandsaufnahme vornehmen. Die 15 Stasi-Bezirksverwaltungen erfassten auf dem Gebiet der DDR alle Synagogen, jüdischen Friedhöfe und Gedenkstätten sowie deren Erhaltungsgrad.

Die Bemühungen der DDR zum 50. Jahrestag des antijüdischen Pogroms von 1938 erzielten die gewünschte Wirkung. In jüdischen Kreisen in den Vereinigten Staaten wurde das Engagement der DDR wohlwollend zur Kenntnis genommen. Ein internes Dokument der SED-Kreisleitung des MfS fasst den Stand der Dinge zur Beziehung der DDR zum Judentum im Dezember 1988 zusammen – zur "mündlichen Agitation in der Kreisparteiorganisation".

---

**Signatur:** BArch, MfS, HA IX, Nr. 1418, BL 205-208

---

### Metadaten

Datum: 15.12.1988

Überlieferungsform: Dokument

## Information der SED-Kreisleitung zu den "jüdischen Fragen"

SED-Kreisleitung  
Abteilung Agitation  
und Propaganda  
Bildungsstätte

000205

Berlin, 15. Dezember 1988

*Selektiert No 18*

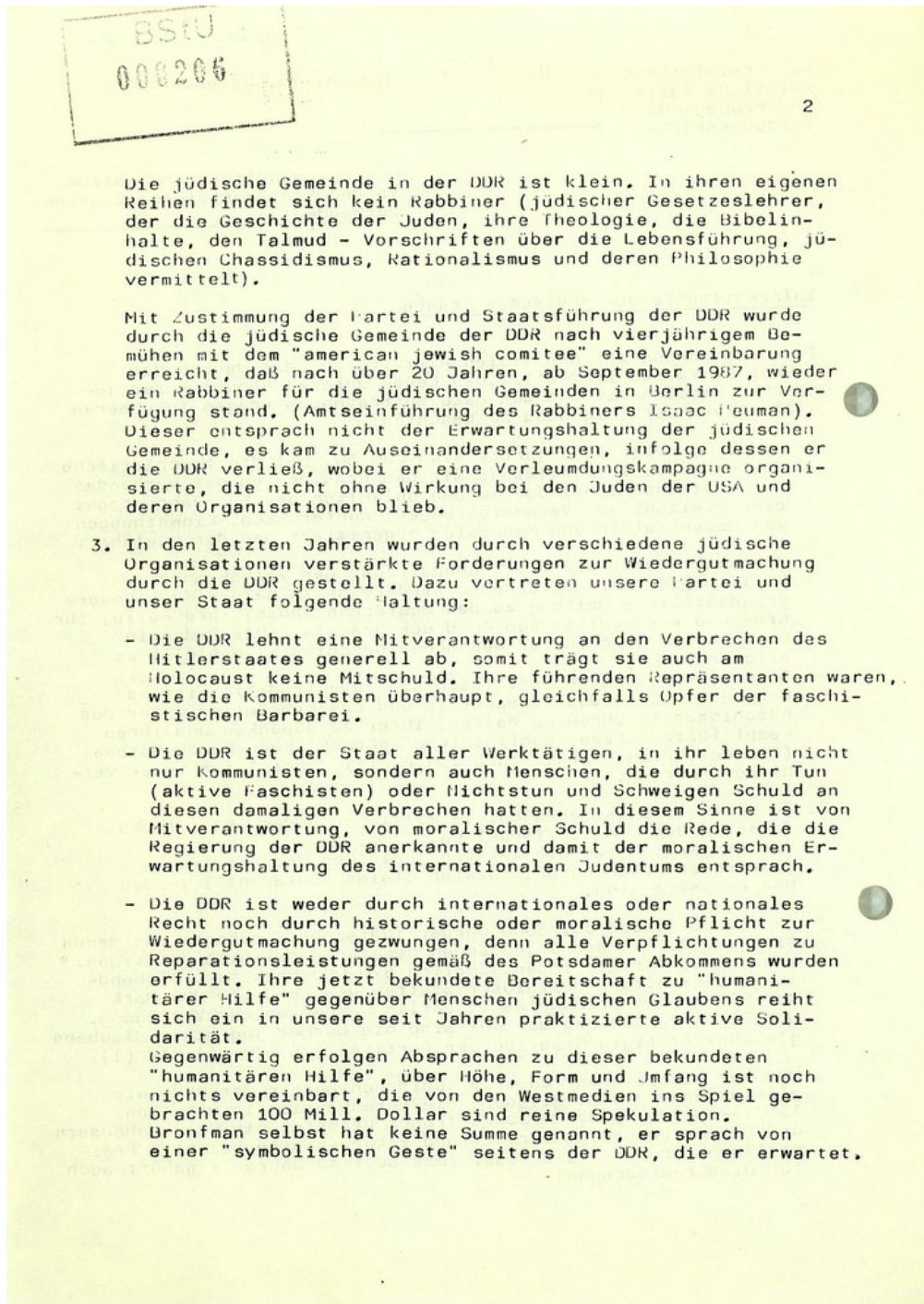
Nur zur mündlichen Agitation  
in der Kreisparteiorganisation  
verwenden!

Information zu den jüdischen Fragen

Im Zusammenhang mit den vielen Aktivitäten seit Beginn des Jahres 88 im gesellschaftlichen Leben unserer Republik zur jüdischen Problematik und den dazu auftretenden Fragen in unseren Kollektiven ist folgendes zu beachten:

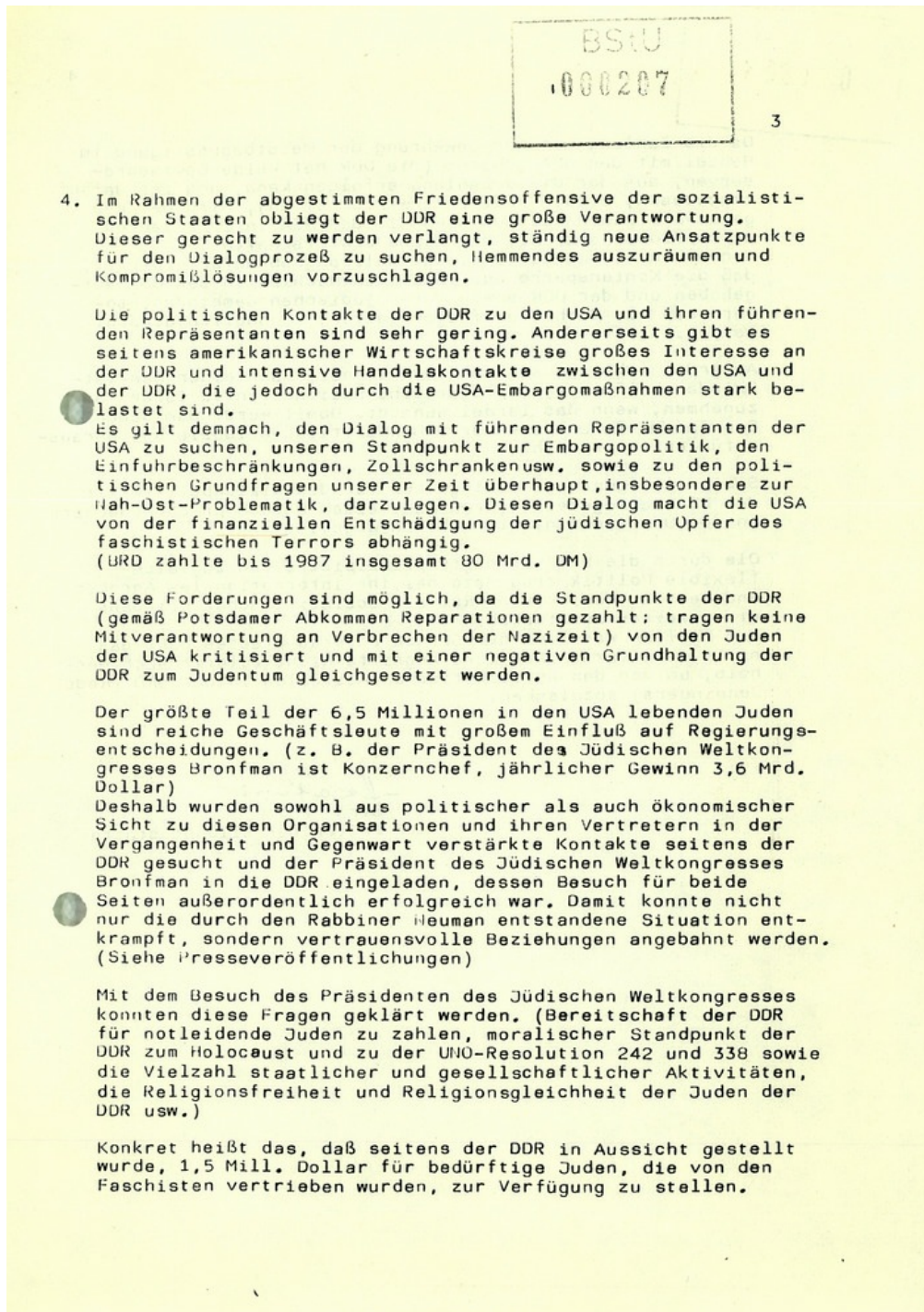
1. Am 9. November 1988 jährte sich zum 50. Mal die faschistische Pogromnacht. In Abstimmung mit dem Präsidenten des Verbandes der jüdischen Gemeinden wurden anlässlich des 50. Jahrestages eine Vielzahl von Veranstaltungen, Konferenzen, Einweihungen von Gedenktafeln und Mahnmalen organisiert und durchgeführt.  
  
Höhepunkt dabei war die Sondersitzung der Volkskammer am 8. 11. 1988, auf der Genosse Sindermann in seiner Rede unsere grundsätzliche Haltung zu den deutschen Juden, ihre Rolle, ihr Erbe und Vermächtnis zum Ausdruck brachte. (Die Juden in Deutschland gehören zur deutschen Geschichte, das gilt es aufzuarbeiten).  
In Bewahrung unserer antifaschistischen Tradition ist es unsere Pflicht, das Vermächtnis und das Erbe aller Opfer des Faschismus in Ehren zu halten, ihrer zu gedenken und ihren Kampf fortzusetzen, damit solche schrecklichen Geschehnisse (II. Weltkrieg, Vernichtung von 6 Mill. Juden) für immer verhindert werden.
2. In der Welt existieren ca. 13 Millionen Juden, 50 % leben davon in den USA, in Israel ca. 27 %.  
Das erklärt, warum die meisten jüdischen Organisationen (Jüdischer Weltkongress, "Jewish Claims Konferenz") in den USA ansässig sind.  
  
In der DDR leben ca. 3000 Bürger jüdischen Glaubens, von denen sich ca. 400 in den 8 jüdischen Gemeinden religiös betätigen. Unser Staat stellt ihnen jährlich 670 000 Mark für Kulthandlungen, Erhaltung religiöser Stätten usw. und 150 000 Mark zur Pflege des Friedhofes in Berlin Weißensee zur Verfügung. Gemäß der Verfassung der DDR sind die Bürger jüdischen Glaubens gleichberechtigte Staatsbürger (Artikel 6/5; 20 (1); 39 (1)).  
  
Darüber hinaus erhalten alle jüdischen Bürger der DDR, wie alle anderen VVN-Mitglieder, die Ehrenpension in Höhe von 1350,-- Mark, werden 5 Jahre früher berentet, in Krankenhäusern und Heimen bevorzugt versorgt und bekommen eine bezahlte Freistellung für ihre Feiertage. (Das seit 40 Jahren - gehört auch zur Wiedergutmachung)

## Information der SED-Kreisleitung zu den "jüdischen Fragen"





## Information der SED-Kreisleitung zu den "jüdischen Fragen"



Information der SED-Kreisleitung zu den "jüdischen Fragen"

